

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Sitzungstermin: Mittwoch, 05.02.2020
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Kruse, Detlef

SPD-Fraktion
Davids, Walter
Meinen, Regina
Pohlmann, Marianne

GfE-Fraktion
Geiken, Thomas

CDU-Fraktion
Ohling, Albert
Ringena, Hermann, Dr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Saurov, David

FDP-Fraktion
Bolinius, Erich für Frank Mälzer
Frerichs, Uwe

Beratende Mitglieder
Lübben, Ernst Freiwillige Feuerwehr
Meyer, Sandra Vertreterin des Beirates für Menschen mit
Teilhabeeinschränkungen
Müller, Horst Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst Erster Stadtrat
Docter, Andreas Stadtbaurat

von der Verwaltung
Wegbänder, Martin
Lenz, Bernd
Mennenga, Martin
Ubben, Wolfgang
Friesenborg, Monika
Post, Hinrich
Schuster, Holger

Protokollführung
Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgesellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice vom 21.11.2019

Beschluss: Das Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice vom 21.11.2019 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Vorstellung des Budgets 2020 des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit, Bürgerservice gemäß der Budgetgespräche 2020 sowie der Maßnahmen der Haushaltsstrukturkommission
Vorlage: 17/1329

Herr Wegbänder begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und erklärt einleitend, dass der Fachbereich 400 neben der Fachbereichsleitung mittlerweile aus 5 Fachdiensten bestehe. Der Fachdienst Standesamt sei seit dem 01.01.2020 hinzugekommen, weil dieser Bereich vom Fachdienst Bürgerbüro getrennt worden sei. Anhand einer Power-Point-Präsentation gibt er einen Überblick über das Budget sowie die Ziele und die Ausrichtung des Fachbereiches Öffentliche Sicherheit und Bürgerservice. Die Fachdienstleiter ergänzen für ihren Bereich seine

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Ausführungen. Die Gesamt-Präsentation des Fachbereiches 400 ist unter www.emden.de einsehbar.

Herr Kruse bedankt sich für die Vorträge und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius möchte wissen, wie viele Standesbeamte in der Verwaltung tätig seien. Vor dem Hintergrund, dass auch der Oberbürgermeister beabsichtige, die Standesbeamtenprüfung zu absolvieren, erkundigt er sich, ob dieser Bereich personell unterbesetzt sei.

Frau Friesenborg antwortet, dass sechs ausgebildete Standesbeamte im Fachdienst Standesamt tätig seien. In Bezug auf das Personal sei es natürlich auch in diesem Bereich erforderlich, entsprechend vorzusorgen. Daher begrüße sie die Verstärkung durch den Oberbürgermeister. Auch in anderen Städten und Gemeinden haben schon einige Bürgermeister und Oberbürgermeister ein entsprechendes Seminar besucht und würden nunmehr Eheschließungen vornehmen. Allerdings sei dieses Seminar keine Ausbildung zum Standesbeamten, sondern eine spezielle Zusatzqualifizierung.

Herr Bolinius erkundigt sich bezüglich der geplanten Investitionen, ob der Kauf des Tanklösch- und des Löschgruppenfahrzeuges eine Ersatz- oder Neuanschaffung sei.

Herr Lenz gibt an, dass die vorhandenen Fahrzeuge ersetzt werden sollen. Das neue Tanklöschfahrzeug sei für die Ortsgruppe Borssum und das Löschgruppenfahrzeug für die Ortsfeuerwehr Larrelt vorgesehen. Aufgrund der Lieferzeit von annähernd zwei Jahren seien die Gelder in 2020 noch nicht eingetragen. Es sei geplant, den Auftrag in diesem Jahr noch zu erteilen, das Geld werde dann erst in 2022 benötigt.

Herr Bolinius möchte zu der Übersicht des Rattenbefalls in Emden wissen, warum die Jahresanzahl in den Vorjahren zwischen 300 und 350 gelegen habe, während in diesem Jahr die Anzahl lediglich bei 35 liegen würde.

Herr Wegbänder gibt an, dass es sich um einen Übertragungsfehler handeln würde. Die Anzahl sei 350 wie auch in den Vorjahren.

Herr Bolinius fragt nach der geplanten Anschaffung einer Geschwindigkeitsmessanlage in der Petkumer Straße i. H. v. 250.000,00 €. Hierzu möchte er wissen, ob die alte Messanlage abgängig sei.

Herr Ubben erklärt, es würde sich bei der Geschwindigkeitsmessanlage um eine Anlage mit einer alten Messtechnik handeln, die sehr störanfällig sei. Zudem sei über den Softwarehersteller angekündigt worden, dass auch die Eichung fraglich sei, da es für diese Anlagen keine Ersatzteile mehr gebe. Deswegen werde überlegt, entweder eine neue Messeinheit einzusetzen oder eine semistationäre Messanlage anzuschaffen.

Herr Bolinius erkundigt sich, ob eine semistationäre Geschwindigkeitsmessanlage Messungen in beiden Fahrrichtungen vornehmen könne.

Herr Ubben gibt Auskunft, dass eine neue semistationäre Geschwindigkeitsmessanlage sämtliche Fahrzeuge im Messbereich über alle Fahrspuren hinweg erfassen könne.

Herr Bolinius möchte in Bezug auf die Fallzahlen der Ordnungswidrigkeiten wissen, ob die Fallzahlen für den fließenden Verkehr i. H. v. 18.000 in Zusammenhang mit den Geschwindigkeitsmessanlagen stehen würden. Weiter spricht er den Bau des Aldi-Marktes in der Petkumer Straße an. Von Bürgern habe er erfahren, dass es bereits Unfälle in Höhe der Zufahrt zum

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Edeka-Markt und zukünftigen Aldi-Markt gegeben habe. Zur Reduzierung der Unfallgefahr plädiere er für die Installierung einer Ampelanlage an dieser Stelle.

Herr Docter erklärt, dass seinerzeit bei der Bebauungsplanaufstellung diese Thematik bereits durch ein Verkehrsgutachten untersucht worden sei. Dabei sei herausgekommen, dass es sich um keinen Unfallschwerpunkt handeln würde. Deshalb sei damals keine Ampelanlage installiert worden. Allerdings seien Vorkehrungen für eine spätere Nachrüstung vorhanden. Insofern sei die Situation zur Installation einer Ampelanlage im Moment noch nicht gegeben.

Herr Bolinius bittet im Hinblick auf den Bau des neuen Aldi-Marktes und dadurch ggf. vermehrten Verkehrs darum, die Situation weiterhin zu beobachten.

Herr Docter macht deutlich, dass die Möglichkeit einer Nachrüstung vorbereitet sei. Er sei der Ansicht, dass mit den Geldern der Stadt sorgsam umgegangen werden müsse. Eine Ampelanlage sei eine hohe Investition, die dann auch gerechtfertigt sein müsste.

Herr Frerichs fragt bezüglich der Geschwindigkeitsmessenanlagen nach, ob es sich hierbei sowohl um den ankommenden wie auch den abfließenden Verkehr handeln würde.

Herr Ubben informiert, dass eine semistationäre Geschwindigkeitsmessenanlage dann auch den Verkehr von beiden Seiten erfassen könne.

Herr Dr. Ringena merkt an, dass die Standorte der stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen den Emdrer Bürgerinnen und Bürgern geläufig seien. Deshalb vermutet er, dass der Unterhalt dieser Anlagen wesentlich höher sei als die Einnahmen. Allerdings seien die Anlagen zur präventiven Verkehrssicherheit seiner Ansicht nach nicht zu vernachlässigen. Er erkundigt sich nach einer Auswertung der Betriebskosten sowie der Einnahmen.

Herr Ubben sichert zu, in der nächsten Ausschuss-Sitzung eine aktuelle Übersicht vorzustellen. Er räumt ein, dass eine stationäre Messanlage kostspielig sei, dennoch stehe die präventive Verkehrssicherheit im Vordergrund. Grundsätzlich seien die Standorte der Anlagen aufgrund der Unfallschwerpunkte gewählt worden. Weiter merkt er an, dass bereits in der Ausschuss-Sitzung im Mai 2019 eine Kostenaufstellung der Anlagen dem Protokoll beigelegt worden sei.

Herr Dr. Ringena erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich des Waffengeschäftes in der Großen Straße.

Herr Wegbänder antwortet, dass die grundsätzliche Erlaubnis für eine Eröffnung des Waffengeschäftes vorhanden sei. Das Geschäftslokal sei entsprechend der Sicherheitsmaßnahmen hergerichtet worden.

Herr Saurov möchte wissen, ob angedacht sei, eine weitere Geschwindigkeitsmessenanlage in der Petkumer Straße in Höhe der Wilhelm-Leuschner-Straße aufzustellen.

Herr Docter erklärt, dass stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen an besonderen Unfallschwerpunkten aufgestellt seien. In den Bereichen ohne Unfallschwerpunkt würden mobile Messanlagen eingesetzt werden.

Frau Meinen fragt in Bezug auf die Kosten für die Tierkörperbeseitigung nach, was die Summe i. H. v. 95.000,00 € genau beinhalten würde.

Herr Wegbänder erklärt, dass Tierkörperbeseitigung grundsätzlich eine Aufgabe der Kommune sei. Deshalb hätten sich mehrere Kommunen dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung in

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Nordwestdeutschland angeschlossen. Dieser Zweckverband unterhalte die Tierkörperbeseitigungsanlage in Kampe. Hierfür zahle die Stadt Emden eine Umlage, die einen Großteil der Finanzierung ausmache. Weiter werde für die Beseitigung der bei der Stadt Emden registrierten Tiere ein zusätzlicher Beitragssatz gezahlt.

Herr Docter ergänzt, dass beispielsweise auch Landwirte ihre Tiere über den Zweckverband beseitigen lassen würden. Der Zweckverband betreibe, wie bereits erklärt, für ganz Nordwestdeutschland diese Anlage.

Herr Dr. Ringena fügt hinzu, dass die Kostenumlage für den Zweckverband konstant sei.

Herr Kruse bedankt sich für die Budget-Vorstellungen der einzelnen Fachdienste.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 6 Einbürgerungen in der Stadt Emden
 - Antrag der FDP-Fraktion vom 09.12.19 bzw. 07.01.2020
 Vorlage: 17/1352

Herr Frerichs erläutert den Antrag der FDP-Fraktion vom 09.12.2019 und 07.01.2020. Er teilt mit, dass an seine Fraktion mehrere Personen herangetreten seien, die Probleme mit der Ausländerbehörde in Bezug auf das Einbürgerungsverfahren haben würden. Anhand von Beispielen schildert er die Vorgehensweise. Insbesondere im Hinblick auf die rückläufige Einwohnerzahl der Stadt bedauert er diese Situation.

Herr Docter stellt klar, dass die von Herrn Frerichs erläuterten Fallbeschreibungen nicht in dem Antrag seiner Fraktion beschrieben seien. Zudem sei er über den Antrag mit über 20 gestellten Unterpunkten überrascht. Er erklärt, dass es grundsätzlich schwierig sei, im Ausschuss über Einbürgerungsfälle zu sprechen, die weder Herrn Wegbänder noch ihm bekannt seien. Um konkrete Hinweise zu bekommen, schlage er ein Zusammenkommen mit den betroffenen Personen vor.

Herr Wegbänder geht davon aus, dass die im Antrag gestellten Fragen ausreichend und intensiv von der Verwaltung schriftlich beantwortet worden seien. Weitere Erläuterungen könne er im Ausschuss geben. Deutlich macht er, dass im Einbürgerungswesen größten Wert auf das Einbürgerungsgespräch gelegt werde. Einbürgerungsfälle seien sehr individuell, deshalb würden bei jedem Fall die Voraussetzungen einzeln überprüft. Sollten die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nicht vorliegen, werde in der Regel empfohlen, im Moment keinen Einbürgerungsantrag zu stellen, da eine anschließende Ablehnung kostenpflichtig sei.

Nach Ansicht von **Herrn Frerichs** würde die von ihm geschilderte Situation mit der Arbeitsüberlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Ausländerbehörde zu tun haben.

Herr Docter streitet nicht ab, dass die Ausländerbehörde eine Stelle sei, die unter Höchstbelastung arbeiten müsste. Er betont, dass gerade in diesem Bereich fachlich und auch persönlich qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt würden, die insbesondere im Ausländerrecht ausgebildet seien. Daher sei es schwierig, bei krankheitsbedingten Personalausfällen entsprechende Mitarbeiter kurzfristig aus anderen Fachdiensten einzusetzen. Auch die Personalakquise für diesen Bereich sei zunehmend schwierig. Er habe absolute Hochachtung gegen-

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

über den Kolleginnen und Kollegen. Diese würden eine unheimlich intensive und hochkonzentrierte Arbeit leisten.

Herr Bolinius fragt nach, ob die Ausländerbehörde personell unterbesetzt sei.

Herr Docter informiert, nach einer aktuellen Stellensollberechnung seien die sechs Stellen im Fachdienst Öffentliche Sicherheit und Ordnung auskömmlich. Zurzeit gebe es im Bereich der Ausländerbehörde einen krankheitsbedingten Ausfall, zudem sei eine Stelle unbesetzt. Diese freie Stelle habe auch nach zweimaliger externer Ausschreibung nicht mit einer geeigneten Bewerberin bzw. einem geeigneten Bewerber besetzt werden können. In diesem Zusammenhang macht er deutlich, dass es in der Vergangenheit auch in anderen Bereichen der Verwaltung schwierig gewesen sei, freie Stellen zu besetzen. Bei der Personalakquise sei der Öffentliche Dienst zudem an das Tarifrecht gebunden und könne daher im Wettbewerb nicht so attraktiv sein.

Herr Dr. Ringena fragt nach, welchen Zeit- und Kostenaufwand die Bearbeitung einer solchen detaillierten Anfrage verursachen würde.

Herr Bolinius ist der Ansicht, dass durch das Nichtstellen von Anfragen die Demokratie eingeschränkt werde.

Herr Wegbänder legt dar, dass diesbezüglich eine pauschale Antwort nicht möglich sei. Es gebe Anfragen, die zügig zu beantworten seien. Wiederum seien Anfragen, bei denen für die Beantwortung Daten bzw. Statistiken ausgewertet werden müssten, sehr zeitintensiver.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine Mitteilungen.

TOP 8 Anfragen

Herr Saurov gibt an, er habe bei der Straße am Zingel beobachtet, dass Paketdienstfahrzeuge dort die Feuerwehrezufahrt behindern. Er fragt nach, ob dort eine Sperre aufgestellt werden könnte.

Herr Docter antwortet, dass der Fachdienst Straßenverkehr diese Frage mit dem Bau- und Entsorgungsbetrieb abklären werde.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.